

Ibiza auch Thema in Bundesländern

Das Ibiza-Video ist heute auch Grund für eine Sonder-sitzung des Landtages im Burgenland. Auf der Tagesordnung steht eine Dringliche Anfrage der Landes-ÖVP an LH-Stv. Johann Tschürtz (FPÖ). Er war zugleich mit Strache und Gudenus auf Ibiza, will jedoch von den Gesprächen nichts mitbekommen haben. Trotzdem stellt die ÖVP einen Misstrauensantrag gegen Tschürtz. Und in Niederösterreich hat Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) klargestellt, weiter an der Kooperation mit der FPÖ in der Landesregierung festzuhalten. Die Übereinkommen mit FPÖ und der SPÖ würden „Schritt für Schritt abgearbeitet“. Die nö. Grünen hatten davor ein Ende des Arbeitsübereinkommens mit der FPÖ gefordert.



Kickls 1,50-€-„Abschiedsgeschenk“

Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) hat kurz vor seinem unfreiwilligen Abgang noch ein „Abschiedsgeschenk“ hinterlassen: Er erließ die Verordnung zur Senkung des Stundenlohns für Asylwerber für gemeinnützige Tätigkeiten auf 1,50 Euro. Man hatte sich zuerst mit der ÖVP auf diese Maßnahme geeinigt, sagte er gestern. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) habe sich aber damit nicht durchsetzen können. „Asylwerber bekommen in der Grundversorgung alles, was sie zu ihrer Lebensführung benötigen“, argumentierte Kickl erneut.

Foto: APA/Punz

Gudenus fürchtet sich vor weiterem Material

Der nach der „Ibiza-Affäre“ zurückgetretene FPÖ-Politiker Johann Gudenus befürchtet „weiteres Material, das mich in kompromittierenden Situationen zeigt“. Dies sei neben dem bekannten Video ein weiterer Grund für den Rückzug gewesen. „Benebelt, naiv und vertrauenselig – in dieser Kombination ein echtes Desaster“, kommentierte Gudenus die Aufnahmen und beteuert Erinnerungslücken. „Es tut mir aufrichtig leid, dass ich dieses Treffen auf Ibiza mitorganisiert und Heinz-Christian Strache überhaupt erst mit dieser Causa in Verbindung gebracht habe“. Der ebenfalls zurückgetretene FPÖ-Chef Strache sieht sich weiter als Opfer: „Wir werden die Hintermänner des kriminellen Videos und Dirty Campaignings aus dem Ausland gegen meine Person ausfindig machen und meine Unschuld beweisen!“, tönt Strache, der sich aber auch entschuldigte: „Meine in dem Video-Mitschnitt dargestellte Nennung prominenter Unternehmerpersönlichkeiten war ein Ausdruck schlichter Prahlerei, nicht mehr.“

Nepp beerbet Strache



Vb. Dominik Nepp (37/Bild oben, r.) wurde indes vom Vorstand Montagabend zum geschäftsführenden Obmann der Wiener FPÖ designiert. Noch fehlen der Beschluss der blauen Landesleitung sowie ein ao. Parteitag, an dem er dann zum Obmann gewählt wird. Nepps Vorgänger Strache, der nach dem Ibiza-Video auch in Wien zurücktreten musste, war bei der Sitzung. Die im Video dokumentierten Geschehnisse wollte Nepp „nicht schönreden und herabspielen, es gibt dafür keine Rechtfertigung. Für mich ist das immer noch unerklärlich, dass so etwas passiert ist.“ Aber er werde trotzdem Strache und Gudenus in Freundschaft verbunden bleiben. Nepp sieht seine Partei bestens gerüstet für die kommenden Urnengänge in Europa und im Bund – und er sei davon überzeugt, dass die FPÖ trotzdem „ausgezeichnet“ abschneiden werde.

Foto: Facebook/Screenshot

Diskussion über Expertenkabinett

Verfassungsexperte fürchtet Stillstand, Politologe sieht Druck auf Parteien

Äußerst skeptisch sieht Werner Zögernitz, früherer ÖVP-Klubdirektor und Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, eine Expertenregierung nach einem möglichen Misstrauensvotum gegen ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz. „Beamte und Experten haben keine demokratische Legitimation. Der Wähler würde sich verschaukelt fühlen“, so der 76-Jährige zur APA. Hinzu komme die internationale Dimension. „Wenn ein Beamter oder Experte bei Ministerräten der EU auftritt, wird er sicher nicht dasselbe Gehör finden wie ein von der Bevölkerung legitimer Politiker“, warnt Zögernitz. Dennoch müsse im Fall eines erfolgreichen Misstrauensantrags der Bundespräsident selbstredend eine Persönlichkeit mit der Regierungsbildung beauftragen.

Auch der emeritierte Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk sieht ein reines Expertenkabinett infolge eines erfolgreichen Misstrauensvotum gegen die Bundesregierung als „schwere Belastung des Systems“. So stelle sich die Frage, was geschehe, wenn eine Expertenregierung sich etwa damit konfrontiert sehe, dass der Verfassungsgerichtshof Teile der Reform der Sozialversicherung kippe. „Kann das Expertenkabinett die kreative Kraft aufbringen, um solche großen Vorhaben über die Bühne zu bringen?“, fragt Funk. „Der beste Fall wäre dann wohl eine Art Stillstand.“ Anders sieht es der Wiener Politikwissenschaftler Wolfgang Müller, er gibt einer Expertenregierung durchaus Chancen, die nach der Ibiza-Affäre geforderten politischen Reformen anzustoßen.

„Eine Expertenregierung kann vor allem Druck auf die Parteien aufbauen, dass sie sinnvollen Reformen zustimmen“, sagte Müller gestern in einem APA-Interview mit Blick etwa auf die Parteienfinanzierung. Der Universitätsprofessor nannte das Beispiel Italien, das zahlreiche Erfahrungen mit Expertenkabinetten hat. „Die Regierung Ciampi war eine der besten Regierungen, die Italien je hatte“, verwies er auf den späteren Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi, der von April 1993 bis Mai 1994 italienischer Premier war. „Es waren Regierungen, die im Parlament eine Unterstützung hatten, aber keine wahlpolitischen Überlegungen hatten“, argumentiert Müller, der sich seit den 1980er-Jahren intensiv mit europäischen Regierungskonstellationen befasst.